

NaO-Stellungnahme: Solidarität mit den ArbeiterInnen und Linken in der Ukraine!

Die Lage in Ukraine spitzt sich stündlich zu. Russland droht mit Einsatz der Armee, die Krim hat sich praktisch von Kiew losgesagt. Die ukrainische Regierung ihrerseits ordnet die Mobilisierung der Armee an und wendet sich an die NATO. Das Land ist wie ein Pulverfass. Ein Funke reicht, um es zur Explosion zu bringen.

Der Kampf der Oligarchen und Nationalisten um die Macht, der Kampf um wirtschaftliche und politische Kontrolle über die Ukraine zwischen den imperialistischen Mächten Deutschland/EU Russland und den USA droht sich zur internationalen Katastrophe auszuweiten.

Die ersten Opfer sind schon heute die Arbeiterklasse und die Linke in der Ukraine. Auch wenn diese schwach ist, so ist sie aber nicht tatenlos. Die Aktivität von Organisationen wie Borotba zeigt, dass es eine Alternative gibt zu den konkurrierenden Oligarchen, ihren Parteien und ihren Herrschaftsansprüchen. Sie zeigt, dass es eine Alternative gibt zwischen den beiden Lagern konkurrierender Nationalisten, dass es eine Alternative gibt zu Moskau, Berlin und Washington.

Sie besteht darin, die gemeinsamen Interessen der Lohnabhängigen, der Unterdrückten und Ausgebeuteten aller Nationalitäten, aller Regionen hochzuhalten. All jenen, die in dieser Stunde gegen die nationalistische Hetze, gegen die neue Regierung kämpfen, gilt unsere Solidarität.

Der Putsch und seine Folgen

Die „Revolution in der Ukraine“ entpuppt sich als reaktionärer Putsch, der zur Machtübernahme einer anderen, pro-westlichen Oligarchenclique führte. Als RevolutionärInnen, SozialistInnen und KommunistInnen weinen wir der gestürzten Janukowitsch-Regierung keine Träne nach. Jahrelang verfolgte sei eine Politik des Lavierens zwischen EU, Russland und den USA. Ihr oberstes Ziel war immer, die Geschäftsinteressen der „Oligarchen“ - insbesondere jener aus dem Osten des Landes - zu wahren, während die „normale“ Bevölkerung, die ArbeiterInnen und Bauern, ja selbst die Mittelschichten mehr und mehr verarmten.

Die Oppositionsbewegung um „Euromaidan“ ihrerseits stand von Beginn im Zeichen der „pro-westlichen“ Oligarchen. Sie war nie eine fortschrittliche Bewegung, auch wenn ein Teil ihrer AnhängerInnen aus ehrlicher Empörung über die Regierung und die Verhältnisse im Land mobilisiert wurde. Es ist bezeichnend, dass der Auslöser der Bewegung die Weigerung der Regierung war, ein „Assoziierungs-Abkommen“ mit der EU zu unterzeichnen. Natürlich tat das Janukowitsch nicht aus edlen Motiven, sondern v.a. aufgrund des Drucks von Seiten Russlands. Das ändert aber nichts daran, dass das

Abkommen die Ukraine wirtschaftlich eng an den Machtbereich Berlins und der EU bindet, und die darin festgelegten Bedingungen zu einer weiteren Verarmung der Massen im Land führen müssen.

Ein zweites reaktionäres Moment, das die Oppositionsbewegung von Beginn charakterisierte, war ihr ukrainisch-nationalistischer Charakter, der notwendigerweise (und wie sich zeigt zurecht) die russisch-sprachige Bevölkerung beunruhigen und abstoßen musste. Im Gefolge dessen konnten die Faschisten von Beginn an als akzeptierter „Teil der Bewegung“ agieren. Sie konnten als „Frontkämpfer“ ihren Einfluss massiv ausbauen. Von Beginn an stellten die Spitzen der parlamentarischen Opposition – einschließlich der Faschisten – die Sprecher und die Führung der Bewegung.

Zwischen dem Lager der Janukowitsch-Regierung und der Opposition dürfen RevolutionärInnen keine Seite beziehen. Die Lohnabhängigen blieben während der Auseinandersetzungen zumeist passiv, waren weder bereit, der Opposition oder gar Klitschkos Aufrufen zum Generalstreik zu folgen, noch sich für die Verteidigung Janukowitschs stark zu machen.

Die Tragik der schwachen Arbeiterbewegung und der Linken bestand gerade darin, dass es keine unabhängige Klassenmobilisierung gab. Auch wenn das angesichts der Kräfteverhältnisse ohnedies schwer war, so war es doch nicht unmöglich. Vielmehr hat die schwache Linke selbst noch zu ihrem Verderben beigetragen, weil sie – abgesehen von einzelnen Gruppierungen – selbst als politisches Anhängsel der Regierung oder Oppositionsparteien agierte. So war die Kommunistische Partei praktisch der parlamentarische Wurmfortsatz der „Partei der Regionen“. Die großen Gewerkschaften sind eng an „ihre“ Oligarchen gebunden. Andere wiederum folgten unkritisch der angeblich „demokratischen Bewegung“ am Maidan.

Die neue Regierung aus Nationalisten und Faschisten ist nicht als Resultat einer demokratischen oder gar revolutionären Umwälzung an die Macht gekommen, sondern vielmehr aufgrund eines reaktionären Putsches. Selbst nach den Standards der Rechtsstaatlichkeit, die ihr und ihren EU- und US-Unterstützern angeblich heilig wären, kann sie keine Legitimität für sich beanspruchen.

Der reaktionäre Charakter dieser neuen Regierung und ihrer Komponenten zeigt sich klar:

a) Die Regierung will dem Land so schnell wie möglich ein „Assoziierungsabkommen“ mit der EU verpassen, das für weitere Privatisierungen, Betriebsschließungen, Massenentlassungen und Preissteigerungen sorgen wird. Während der ukrainische Markt dem europäischen u.a. anderen ausländischen Kapitalen geöffnet werden soll, bleibt der Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt für ukrainische Lohnabhängige „natürlich“ weiter eingeschränkt.

b) Die Politik der Regierung hat nicht nur die soziale, sondern auch die nationale und kulturelle Spaltung des Landes vertieft. Sie hat als einen ihrer ersten Akte die Verwendung des Russischen als Amtssprache abgeschafft. EU-Präsident Barroso verharmloste das als Zeichen des „Überschwangs der Gefühle“. In Wirklichkeit offenbart hier die neue Regierung, was sie zu tun gedenkt, wenn sie kann. Dass der von den Putschisten ernannte Präsident Jazenjuk jetzt von der Umsetzung des Beschlusses „absehen“ will, hängt nur damit zusammen, dass sich die Bevölkerung und die Behörden in den russischsprachigen Landesteilen das nicht widerstandslos gefallen lassen wollen und dass Moskau dieses Vorgehen Kiews zum Vorwand für das eigene politische und militärische Eingreifen nimmt.

c) Die neue Regierung stützt sich auf die Faschisten von Swoboda und den „Rechten Sektor“. In den letzten Monaten sind diese zu einer Massenkraft geworden, die sich als „Kämpfer“ gegen die Polizei und die Spezialeinheiten des Innenministeriums profiliert haben und im ganzen westlichen Landesteil Rekrutierungsbüros unterhalten. Nunmehr sind sie offizieller Teil der Regierung und firmieren praktisch als Teil der Staatsgewalt in Kiew und der Westukraine und haben vielerorts die Funktion der Polizei übernommen. Sie plündern und zerstören Büros der KP, der Gewerkschaften und der „Partei der Regionen“. Sie verbreiten offen Antisemitismus und stellen eine tödliche, pogromistische Gefahr für alle Jüdinnen und Juden in der Ukraine dar. Aggressiven, gewalttätigen Antisemitismus der extremen Rechten und Faschisten gibt es schon seit Jahren, jetzt agiert dieser Abschaum offen. Sie haben die verschiedenen Teile der Linken praktisch in den Untergrund gezwungen. Kurz gesagt, die „Demokraten“ geben dieser „ukrainischen SA“ freie Hand – und die EU und deutsche Regierung nehmen das für die Verfolgung ihrer eigenen imperialen Interessen billigend in Kauf.

d) Die Politik der neuen Regierung verschärft die geostrategischen und wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächtegruppen. Die von Deutschland und ihren engeren Verbündeten geführte EU hat mit dem Assoziierungsabkommen und mit der Unterstützung der Maidan-Opposition offensiv und bewusst eine russische Einflussphäre bedroht. Russland seinerseits versuchte, die Ukraine in seine eigene „Eurasische Union“ zu ziehen. Das schien Ende 2013 auch erfolgreich zu sein, als die EU die Regierung Janukowitsch mit zu drastischen Diktaten Putin in die Hände trieb, der seinerseits versprach, das Land vor dem Staatsbankrott zu retten. Die EU (und die USA) waren aber offenkundig nicht bereit, dies hinzunehmen und stützten daher die „pro-europäische“ Opposition.

Die deutsche Regierung und die Adenauer-Stiftung der CDU arbeiten schon seit der Präsidentschaftswahl 2010 am Aufbau einer „verlässlichen“ Partei – Klitschos UDAR -, um ihren Einfluss zu erhöhen und einen Pro-EU-Regierungswechsel durchzusetzen. Auch wenn sie einen „kontrollierten“ Machtübergang bevorzugt hätten, so wollen sie doch, dass ihnen die Ukraine als erweitertes Territorium des deutschen und europäischen Imperialismus in den Schoß fällt.

Dabei nehmen sie nicht nur die Spaltung des Landes, weitere nationalistische

Aufhetzung auf beiden Seiten, sondern auch einen Großkonflikt mit Russland in Kauf.

Imperialistische Brandstifter spielen Feuerwehr - Nein zu Berlin, Moskau, Washington!

Die Machtübernahme von Nationalisten und Faschisten und die beabsichtigte EU-Bindung der neuen Regierung hatten wichtige Folgen:

a) Sie hat die Bevölkerung auf der Krim und im Osten der Ukraine mobilisiert. Angesichts des Zustands in Kiew, wo Faschisten als Ordnungsmacht agieren, ist das nur allzu verständlich.

Dass die Bevölkerung die neue Regierung ablehnt und nicht anerkennt, wollen aber nicht nur die neuen Machthaber in Kiew nicht akzeptieren. Auch die EU sorgt sich wegen dieser Aktionen. Galt die Maidan-Bewegung, selbst noch als bewaffnete Nazi-Stoßtruppen die Polizei angriffen, der deutschen und westlichen Politik als „friedliche Protestbewegung“, so ist die Erstürmung eines Rathauses in Charkow nun ein „krimineller Akt“.

b) Die Entwicklung hat Russland auf den Plan gerufen. So, wie der Westen die reale Unzufriedenheit mit Janukowitsch für seine Zwecke ausnutzte, macht Putin nun dasselbe auf der Krim und im Osten der Ukraine. Präsident Putin hat sich vom russischen Parlament einen Freibrief für ein militärisches Eingreifen geben lassen. De facto haben russische Truppen wohl schon die Krim übernommen.

Die EU ist empört. Während die neue Regierung die russisch-sprachigen Bevölkerungsteile entfremdet und in die Hände Putins treibt, weil Russland vielen als einzige Option auf Schutz vor den Rechten und Nationalisten erscheint, gibt sich der deutsche Außenminister Steinmeier (SPD) jetzt besorgt um die „Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine“.

Welch ein Hohn! Zuerst soll das Land an die EU angeschlossen und dessen „Souveränität“ durch ein Assoziierungs-Abkommen und IWF-Programme weiter ausgehöhlt werden – dann aber kommt das große Jammern, wenn Russland seinerseits die Souveränität der Ukraine mit Füßen tritt und diese als Teil ihrer Einflussosphäre reklamiert.

Nachdem man selbst in Kiew „Fakten geschaffen“ hat, wirft man das nun Russland im Osten des Landes vor.

Die Ukraine ist also auch zu einem Austragungsort des Kampfes um eine Neuaufteilung der Welt geworden. Dort mischen drei große imperialistische Mächtigkeitsgruppen mit. Erstens Russland, das am liebsten die Ukraine in seine erweiterte Einflussosphäre „zurückholen“ würde. Der Einfluss auf der Krim und die Kontrolle von Sewastopol sind für dessen globale Ambitionen unerlässlich. Russland hat aber das

Problem, dass seine ökonomische Potenz relativ gering ist. Daher ist es kaum in der Lage, die Ukraine ausschließlich an sich zu binden.

Die EU-Mächte - v.a. Deutschland - hingegen forcieren die Integration der Ukraine in ihre Einflussosphäre. Für sie ist das Land nicht nur ein wichtiger Markt, sondern auch wichtig für die weitere Ausdehnung ihres Einflusses nach Osten. Während es Russland - abgesehen von Rohstoffen - an wirtschaftliche Stärke fehlt, so gebricht es der EU an militärischem Potential. Einer Stationierung russischer Truppen kann sie kaum etwas entgegensetzen - außer der Drohung mit „Handelsaktionen“ und „Ächtung“.

Um ihre jeweilige Position durchzusetzen, setzen Russland und Deutschland/EU zur Zeit auf Verschärfung der Konfrontation. Aber es gibt es auch ein Interesse, den Konflikt zu begrenzen. So erklären deutsche Leitartikler schon, dass die Krim ja nicht unbedingt zur Ukraine gehören müsse, vielleicht gibt es eine „Zwischenlösung“. Außerdem sollte die Regierung in Kiew etwas „umsichtiger“ werden (was sich freilich mit faschistischen Banden im Nacken nur begrenzt machen lässt). Daher soll Russland auch „eingebunden“ werden.

Das spiegelt wider, dass es für Berlin und Moskau auch ein gemeinsames Interesse gibt: den Konflikt an den beiden Außengrenzen nicht zu sehr eskalieren zu lassen, da seine möglichen Folgen offenkundig unkalkulierbar sind. Ein nationalistischer Bürgerkrieg in der Ukraine - keinesfalls ein unrealistisches Szenario - würde die Verheerungen des Jugoslawienkrieges noch in den Schatten stellen. Für Berlin und Moskau gibt es neben dem „Maximalziel“, die unumstrittene dominierende imperialistische Macht in der Ukraine zu sein, auch das Szenario einer Aufteilung der Einflussosphäre - wohl unter Anerkennung einer gestärkten Rolle der EU, die Russland Positionen im Osten und womöglich die Kontrolle über eine mehr oder weniger „autonome“ Krim überlässt.

Die USA haben daran nur geringes Interesse. Sie wollen letztlich die Konsolidierung des Einflusses beider Rivalen, von Russland wie einer von Deutschland geführten EU, verhindern. Daher betätigt sich Obama als Scharfmacher, droht mit der „Isolierung“ Russlands von seiner illustren „Staatengemeinschaft der Willfähigen“.

Solidarität mit der ukrainischen Linken! Unterstützt den Aufbau einer unabhängigen Arbeiterbewegung!

In der aktuellen Lage sind die Linke in der Ukraine und die Arbeiterbewegung insgesamt in der Defensive. Im Westen der Ukraine, im Herrschaftsgebiet der „demokratischen“ Nationalisten und Faschisten, sind sie praktisch in die Illegalität getrieben.

Die Regierung in Kiew hat ihre Herrschaft über das Land aber noch nicht vollständig konsolidiert. Die von ihr angedrohten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen (Umsetzung von Kürzungsprogrammen, Preiserhöhungen infolge von

Subventionskürzungen) können sie auch schnell in Gegensatz zu den Massen in der Westukraine bringen. Auch die Minderheiten in der Westukraine können zu einem wichtigen Verbündeten der Linken, jeder demokratischen oder Klassenbewegung werden. Auch dagegen lässt sie - sozusagen präventiv - den faschistischen Terrorbanden freie Hand.

Die zentrale Aufgabe der ukrainischen Linken ist es nun, die Festigung dieser Regierung zu bekämpfen und ihr Widerstand zu leisten.

Im Osten sind die Möglichkeiten zur Organisation heute zweifellos besser. Aber hier versucht der russische Imperialismus, seinen Einfluss politisch, wirtschaftlich und militärisch geltend zu machen und sich als „Schutzmacht“ zu präsentieren. Russische Faschisten wie Schirinowski versprechen „Freiwilligenverbände“. Sich auf die russische Arme und rechts-radikale Freiwilligenverbände als „Bündnispartner“ einzulassen, würde jedoch nur dazu führen, dass sich im Osten eine spiegelbildliche Entwicklung zum Westen und zum Zentrum der Ukraine - eine fast totale Dominanz nationalistischer Kräfte - entwickeln würde.

Der Kampf gegen die Zentralregierung muss daher auch mit der Ablehnung jeder imperialistischen Einflussnahme der Putin-Regierung verbunden werden.

Wie die sozialistische Organisation „Borotba“ in einem ihrer Communiques richtig erklärte, gilt es, diese Perspektive mit dem Aufbau von Selbstverteidigungseinheiten gegen die Faschisten und Nationalisten zu verbinden.

Wo im Osten Rathäuser gestürmt werden und Massenerhebungen stattfinden, müssen auf dieser Basis demokratische Räte gebildet werden, die die Bewegung leiten und bewaffnete Selbstverteidigungseinheiten aufbauen. Die Soldaten der Armee müssen aufgefordert werden, sich nicht für einen Krieg „ihrer“ Regierung missbrauchen zu lassen, ihren reaktionären Regierungschefs die Gefolgschaft aufzukündigen und Soldatenräte zu bilden.

Schließlich geht es darum, einen politischen Generalstreik gegen die Regierung aus Nationalisten und Faschisten zu propagieren und vorzubereiten, der sich gegen die kommenden Sparmaßnahmen wie auch gegen einen drohenden nationalistischen Bürgerkrieg richtet, der fast unvermeidlich ein Stellvertreterkrieg der imperialistischen Mächte werden würde.

In jedem Fall gilt aber unsere unbedingte Solidarität den ukrainischen linken Organisationen, die sich gegen die neue Regierung, gegen ukrainischen wie russischen Nationalismus wehren und unter schwierigen Bedingungen kämpfen.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Für die Linke in Deutschland gilt es, v.a. gegen die Ukraine-Politik der eigenen Regierung Stellung zu beziehen, Aufklärung zu betreiben und zu mobilisieren. Das

heißt zuerst, eine Reihe von Lügen zu zerstören wie jene, dass die Faschisten nur ein „Nebenfaktor“ der Bewegung wären. Es bedeutet vielmehr die Zusammenarbeit von Regierung, zweifelhaften „Demokraten“ und Faschisten – bis hin zum Shake-Hand des Sozialdemokraten Steinmeier mit den Faschos vom Maidan – zu brandmarken.

Für ihre Zwecke, für die längerfristigen Interessen des deutschen Kapitals, schrecken sie auch vor einem Bündnis mit Anti-Semiten, Pogromisten und Nazi-Schlägern nicht zurück.

Wir müssen auch dem weit verbreiteten Mythos entgegentreten, dass die Krise in der Ukraine in erster Linie durch innere Faktoren hervorgerufen sei, dass es eigentlich tolle wirtschaftliche Aussichten gebe und nur das politische Personal – vorzugsweise Janukowitsch – alles gegen die Wand gefahren hätte. Die Einführung des Kapitalismus in der Ukraine war nur durch eine kriminelle Form der Plünderung des ehemaligen Staatseigentums durch einige Oligarchen zu haben. Die Ukraine ist Teil einer globalen, imperialistischen Ordnung, die dem Land seine Stellung im Rahmen der etablierten Arbeitsteilung zuweist. Wohlstand und Reichtum, ja selbst ein „sozialer Ausgleich“ für die Massen sind hier – wie auch in ganz Osteuropa, in der „Dritten Welt“ – nicht vorgesehen, und zwar weder von der EU, noch von Russland oder den USA.

Für Linke in Deutschland ist es daher eine Pflicht, gegen alle Maßnahmen zu kämpfen, die die Ukraine noch mehr unter die Fuchtel des deutschen Kapitals stellt. Wir lehnen das Assoziierungs-Abkommen mit der Ukraine ab und jeden Versuch, das Land in die NATO oder EU-Militärstrukturen zu integrieren. Wir bekämpfen jede wirtschaftliche und politische Erpressung der Ukraine im Rahmen von Abkommen, Krediten durch IWF und EU. Wir lehnen jede Militärintervention von NATO oder EU, jede Drohung mit Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland ab. Zugleich fordern wir die Öffnung der EU-Grenzen für die BürgerInnen der Ukraine, deren volle Bürgerrechte, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis sowie Bewegungsfreiheit.

Für uns steht der Hauptfeind im eigenen Land, wenn es um die deutschen Interessen in der Ukraine geht. Wir schlagen daher allen linken Organisationen und Gewerkschaften vor, uns gemeinsam offensiv gegen die Politik der deutschen Regierung zu protestieren. Eine Politik, die auf Oligarchen wie Timoschenko, CDU-Marionetten wie Klitschko und Faschisten wie Tjahnybok setzt, darf nicht unwiderrprochen bleiben!

Neue antikapitalistische Organisation (NaO) – Berlin, 2. März 2014